

„Schulrecht für Flüchtlinge fehlt“

Saarländische Träger erhalten Zuschlag für EU-Ausbildungsprojekt - Kritik an Gesetzgebung

Mit einem Millionenprojekt sucht die EU neue Wege, Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Ein Projektteil soll dazu auch die Bildungschancen von Asylbewerbern erhöhen.

VON SZ-REDAKTEUR
HARALD KNITTER

Lebach. Eine Ausbildung wird für das ganze Leben als so wichtig erachtet, dass in Deutschland Schulpflicht besteht. Im Saarland haben Flüchtlingskinder nicht einmal das Recht auf Schule. Sie dürfen nur zur Schule gehen, wenn es die Kapazitäten vor Ort und der Schuldirektor erlauben. Dies sei problematisch seit alle Asylbewerber zentral in der Wohnsiedlung in Lebach einquar-

tiert werden, erklärte Hermann Schönmeier von der Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte (Agef) Saar gestern in Lebach. Sie koordiniert im Saarland das EU-Projekt Equal, bei dem jetzt Phase zwei beginnt. Mit Geldern von EU, Bund, Land und Kreis sollen neue Wege gefunden werden, Ungleichheiten und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen. Gefördert werden seit 2002 die Beschäftigungs- und Anpassungsfähigkeit, Unternehmergeist und Chancengleichheit von Mann und Frau - auch bei Asylbewerbern. Von bundesweit acht Netzwerken dürfen sechs das Projekt bis 2007 fortsetzen, auch das Saar-Team aus Agef, Caritas, Deutschem Rotem Kreuz und Katholischer Erwachsenenbil-

dung (KEB) Dillingen. Sie bekamen Projekte in München und Augsburg dazu und verfügen als Süddeutsche Entwicklungspartnerschaft Asylbewerber und Flüchtlinge (Sepa) über 5,7 Millionen Euro.

„Die schlechten Pisa-Ergebnisse rühren auch daher, dass in Deutschland der soziale Status für schulischen Erfolg entscheidend ist“, beklagte Schönmeier. Helmut Selzer betonte für die Caritas, die neben Deutschkursen auch schulbegleitende Hilfen anbietet: „Alle Flüchtlingskinder, die diese Hilfen wahrgenommen haben, schafften Klassenziel oder Schulabschluss. Alleine gelingt das nicht.“ In der Wohnsiedlung müsse das ganze Leben einer Familie in einem Raum ablaufen, ruhiges Lernen sei unmöglich.

Auch für Erwachsene ist das kein Lernumfeld. Um die Abbrecherquote bei Qualifizierungskursen, wie sie die KEB im handwerklichen und Computerbereich Flüchtlingen anbietet, zu senken, begleitet sie das DRK jetzt psychologisch. Schon die Vortests stießen auf Zuspruch, sagte Katharina Pohl. In einem Alltag von verordneter Untätigkeit und Essensrationen zeigten die Asylbewerber gerne, was sie können. Pohl fordert auch ein Schulrecht für Flüchtlingskinder. „Die Kinder entscheiden nicht, ob sie flüchten wollen.“ Könnten sie während der oft jahrelangen Asylverfahren nicht lernen, blieben sie ein Leben lang ohne Ausbildung. So hätten sie es schwer, egal ob sie Asyl bekämen oder in ihre Heimat zurückkehrten.